



# Bankenholding Fimbag hat ausgedient

Finanzministerium löst staatliches Treuhand-Vehikel zur Jahresmitte 2016 auf.

Wien. (kle) Die Tage der Fimbag sind gezählt: Per Ende Juni 2016 ist die Bankenholding des Bundes Geschichte. Da wird das Finanzministerium die von den beiden Ex-Notenbankern Klaus Liebscher und Adolf Wala gemanagte Gesellschaft auflösen, wie der Minister am Dienstag beschlossen hat. Die Abwicklung der Heta Asset Resolution, der Nachfolgesellschaft der Kärntner Pleitebank Hypo Alpe Adria, wird dann der vom Finanzministerium vor rund einem Jahr gegründeten und dort auch angesiedelten Abbaubeteiligungsaktiengesellschaft (Abbag) übertragen.

Die Fimbag, die im November 2008, mitten in der Finanzkrise, ins Leben gerufen wurde, hat bisher das Partizipationskapital und sonstige Kapitalbeteiligungen des Bundes an Banken als Treuhänderin für den Staat verwaltet. Aktuell beträgt ihr Treuhandvermögen noch rund 300 Millionen Euro, wobei es sich um Partizipationskapital handelt - vor allem bei der Heta und zu einem kleinen Teil bei der heuer aus der Volksbanken AG hervorgegangenen Bad Bank Imnigun. Außerdem hält die Fimbag noch die Staatsanteile an der KA Finanz, der Abbaugesellschaft der Kommunalkredit.

## „Gebot der Sparsamkeit“

Die Fimbag aufzulösen, begründet Finanzminister Hans Jörg Schelling mit dem „Gebot der Sparsamkeit“, aber auch mit dem Anfang 2015 in Kraft getretenen Bankenabwicklungs- und Sanierungsgesetz (BaSAG). Auf dieses beruft sich der von der Finanzmarktaufsicht verfügte Stopp von Zahlungen der Heta an ihre Anleihegläubiger. „Vor dem Hintergrund geänderter beihilferechtlicher Bestimmungen und des BaSAG sind

keine neuen Unterstützungsmaßnahmen durch den Bund für am Markt tätige Banken möglich, ohne dass zuvor eine Gläubigerbeteiligung stattfindet“, wird Schelling in einer Aussendung seines Ressorts zitiert.

Für Fimbag-Vorstand Liebscher ist die Auflösung der Gesellschaft „logisch“. Die Aufgaben der Fimbag hätten sich „deutlich reduziert“. „Wir haben weitestgehend alles erfüllt“, so der frühere Nationalbank-Gouverneur laut Austria Presse Agentur. Erste Bank, Raiffeisen und Bawag hätten die vom Bund im Zuge der Finanzkrise gewährten Kapitalhilfen zurückgezahlt. Daneben habe man im heurigen Sommer den Verkauf des Balkangeschäfts der früheren Hypo abgeschlossen - und im September dann den Teilverkauf der Kommunalkredit Austria.

Inklusive ihrer beiden Vorstände hatte die Fimbag, die formell im Eigentum der staatlichen Beteiligungsholding Öbib steht, zuletzt neun Mitarbeiter. 2014 lagen die Personalkosten bei 1,24 Millionen Euro. Liebscher und Wala beziehen seit Dezember 2009 ein fixes Jahresgehalt von je 159.000 Euro, Boni erhalten sie keine. Die sechs Aufsichtsräte, darunter Ex-Finanzminister Hannes Androsch als Vorsitzender, bekommen ihre Tätigkeit mit jeweils bis zu 10.000 Euro vergütet.

## Aufteilung der Aufgaben

Die bisherigen Aufgabenbereiche der Fimbag werden auf eine Fachabteilung im Finanzministerium und auf die Abbag aufgeteilt. Für die heikelste Sache, die Abwicklung der Heta, ist ab Mitte 2016 die Abbag zuständig. Sie wird von Michael Mendel, Ex-Vizechef der Volksbanken AG, geführt und hat sechs Mitarbeiter. Indes erfolgt

die Abwicklung der früheren Hypo-Italien-Tochter HBI schon jetzt über eine eigene Gesellschaft, die im Herbst 2014 gegründet und im Finanzministerium angesiedelte HBI-Bundesholding AG. ■



# Fimbag wird zu Grabe getragen

## Auflösung am 30. Juni 2016 – Heta wandert zu ABBAG

**Wien** – Vor sieben Jahren, am 11. November 2008, wurde sie gegründet, Ende Juni 2016 wird sie aufgelöst: die staatliche Bankenholding Fimbag. Ihr Ende wurde gestern, Dienstag, im Ministerrat beschlossen, laut Finanzminister Hans Jörg Schelling (ÖVP) sei das „ein Gebot der Sparsamkeit“, zudem basiere der Entschluss auf dem Bankenabwicklungs- und Sanierungsgesetz (BaSAG). Die weitere Abwicklung der Heta (früher: Hypo Alpe Adria), die unter den Fittichen der Finanzmarktaufsicht als Abwicklungsbehörde steht, wird nun von der staatlichen ABBAG erledigt.

Die von den Ex-Notenbankchefs Klaus Liebscher (76) und Adolf Wala (78) geführte Fimbag entstand 2008 unter Finanzminister Wilhelm Molterer (ÖVP); damals bekamen die großen Banken (ohne Bank Austria) staatliches Partizipationskapital. Aufgabe der Fimbag war es, die Bedingungen aus dem Bankenhilfspaket zu überwachen; zudem hielt sie die Staatsanteile als Treuhänderin für die Republik. Zuständig ist die Gesellschaft bislang für die Abbaugesellschaften Heta, Immigon (früher: Övag) und KA Finanz sowie (in Bezug auf ihre Rolle in der neuen Struktur des Sektors) für die Kontrolle der Volksbank Wien.

Ob Liebscher, Wala oder Hannes Androsch (Fimbag-Aufsichts-

ratschef): Sie alle betonten am Dienstag, dass der Auflösungsbeschluss auf ihren Vorschlag hin und im Einvernehmen gefasst worden sei. Die Übertragung der Heta-Agenden auf die ABBAG und der übrigen Aufgaben ans Finanzministerium seien sinnvoll und logisch, so Liebscher. Laut Aussendung Schellings stelle die Abwicklung der Heta und der Hypo Italien „erhebliche Herausforderungen dar“. Insider erwarten auch weitere Kosten; zum Beispiel das Schlagendwerden der Gewährleistungen für den Verkauf der Südosteuropa-Tochter der Hypo an Advent („negativer Kaufpreis“: 248 Mio. Euro).

Finanziert wurde die vom Rechnungshof harsch kritisierte Fimbag durch den Bund. Von ihm bekam sie 2014 ein Pauschalentgelt von 1,8 Mio. Euro, zudem die Aufwendungen, die ihr bei Privatisierungen (Verkauf der SEE-Holding und von Teilen der Kommunalkredit) entstanden sind. Die Beratungskosten allein betragen voriges Jahr rund 1,2 Mio. Euro.

Der Aufwand fürs Personal (sieben Mitarbeiter plus Vorstand) lag im Vorjahr bei 1,2 Mio. Euro. Liebscher und Notenbankpensionist Wala bekommen 14-mal jährlich jeweils rund 11.360 Euro brutto. Ihre Verträge wurden nun von 11. November bis Mitte Juni 2016 verlängert. (gra)